



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Stenographisches Protokoll



7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. Dezember 2006

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIII. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 14. Dezember 2006

Dauer der Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2006: 17.09 – 17.11 Uhr

Inhalt

Personalien

Verhinderungen 2

Ausschüsse

Zuweisungen 2

Eingebracht wurde

Bericht 4

III-13: Gemeinsamer Bericht über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes gemäß § 24 GBK/GAW-Gesetz für die Jahre 2004 und 2005; BM f. Gesundheit und Frauen und BM f. Wirtschaft und Arbeit

Beginn der Sitzung: 17.09 Uhr

Vorsitzende: Präsidentin Mag. Barbara **Prammer**.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Die Sitzung ist **eröffnet**.

Als **verhindert** gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Plassnik, Dr. Schüssel, Dr. Aspöck und Ing. Hofer.

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Zuweisungen in dieser Sitzung:

a) zur Vorberatung:

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Sozialrechts-Änderungsgesetz 2007 – SRÄG 2007 (12 d.B.),

Antrag 62/A der Abgeordneten Heidrun Silhavy, Ridi Steibl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Kinderbetreuungsgeldgesetz geändert werden,

Antrag 65/A der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Kinderbetreuungsgeldgesetz 2001 geändert wird;

Außenpolitischer Ausschuss:

Bundesgesetz, mit dem das Konsulargebührengesetz 1992 geändert wird (11 d.B.);

Budgetausschuss:

Antrag 80/A der Abgeordneten Jakob Auer, Dr. Christoph Matznetter, Werner Neubauer, Mag. Bruno Rossmann, Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2006 geändert wird (7. BFG-Novelle 2006);

Familienausschuss:

Antrag 70/A(E) der Abgeordneten Sabine Mandak, Kolleginnen und Kollegen betreffend Beschlussfassung über ein modernes Modell der Elternkarenz;

Finanzausschuss:

Antrag 79/A(E) der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für soziale Zwecke,

Antrag 81/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz über Sonderrechnungslegungsvorschriften für Unternehmen, die zu einer getrennten Buchführung verpflichtet sind (Sonderrechnungslegungsgesetz – SRLG),

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Antrag 82/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Börsegesetz und das Bankwesengesetz geändert werden;

Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie:

Antrag 69/A(E) der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Behandlung des IKT-Masterplans,

Antrag 73/A(E) der Abgeordneten Michaela Sburny, Kolleginnen und Kollegen betreffend Beteiligung von Forscherinnen im Österreichischen Innovationssystem;

Gesundheitsausschuss:

Antrag 67/A(E) der Abgeordneten Alois Gradauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Senkung der Medikamentenkosten,

Antrag 72/A(E) der Abgeordneten Dr. Kurt Grünewald, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffung eines Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetzes,

Antrag 75/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schutz der KonsumentInnen vor illegalen oder unerwünschten gentechnisch veränderten Lebensmitteln;

Ausschuss für innere Angelegenheiten:

Antrag 68/A der Abgeordneten Mag. Birgit Schatz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1996 geändert wird;

Justizausschuss:

Antrag 63/A(E) der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen betreffend Novellierung des Baurägervertragsgesetzes;

Ausschuss für Konsumentenschutz:

Antrag 76/A(E) der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen betreffend Jährlicher Bericht zur Lage der KonsumentInnen in Österreich;

Ausschuss für Sportangelegenheiten:

Antrag 78/A(E) der Abgeordneten Dr. Peter Wittmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherheitskonferenzen zur Fußball EM 2008;

Umweltausschuss:

Antrag 71/A(E) der Abgeordneten Dr. Ruperta Lichtenecker, Kolleginnen und Kollegen betreffend verwaltungsrechtliches Umwelthaftungsgesetz;

Verkehrsausschuss:

Antrag 64/A der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Mauteinhebung auf Bundesstraßen (Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 – BStMG) geändert wird,

Antrag 66/A der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Zuschussleistungen zu Fernsprechentgelten (Fernsprechentgeltzuschussgesetz – FeZG) geändert wird,

Antrag 74/A(E) der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Evaluierung der ÖBB-Strukturreform und effiziente Neuordnung im Bereich ÖBB-Infrastruktur;

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

b) zur Enderledigung im Sinne des § 28b GOG (vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ausschusses):

Gleichbehandlungsausschuss:

Gemeinsamer Bericht der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen und des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über die Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes gemäß § 24 GBK/GAW-Gesetz für die Jahre 2004 und 2005 (III-13 d.B.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Den Entschließungsantrag 83/A(E) der Abgeordneten Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kommission zur Beurteilung von Rückrufaktionen **weise** ich dem Ausschuss für Konsumentenschutz **zu**.

Schließlich **weise** ich den Antrag 84/A(E) der Abgeordneten Hradecsní, Kolleginnen und Kollegen betreffend VerbraucherInneninformationsgesetz ebenfalls dem Ausschuss für Konsumentenschutz **zu**.

Die **nächste** Sitzung des Nationalrates berufe ich für Freitag, den 15. Dezember 2006, um 9 Uhr, ein.

Die Tagesordnung wird den Klubs zugestellt werden.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich bekannt, dass unmittelbar nach Schluss dieser Sitzung der Budgetausschuss im Lokal VI, der Rechnungshofausschuss im Lokal V und der Umweltausschuss im Abgeordneten-Sprechzimmer ihre Sitzungen abhalten.

Weiters teile ich mit, dass 30 Minuten nach Schluss dieser Sitzung der Ausschuss für Arbeit und Soziales im Bundesrats-Sitzungssaal eine Sitzung abhält.

Diese Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 17.11 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien